

Es ist Zeit für Europa, an Libyen zu denken

Conni Gunßer

Aufnahme von Schutzsuchenden in Schleswig-Holstein jetzt!

Seit Februar sind die Augen der Welt auf die Schrecken des Kriegs in der Ukraine gerichtet. Doch während die Aufmerksamkeit Europas von der Krise an seiner östlichen Flanke in Anspruch genommen wird, werden die Probleme an seiner südlichen in Libyen weitgehend ignoriert.

Die anhaltende Instabilität Libyens macht aber nicht nur die Ölquellen weitgehend unzugänglich, da der größte Teil der Reserven unter der Kontrolle der libyschen Armee und gegeneinander kämpfender Milizen steht, sondern sie bedeutet vor allem eine immer unerträglichere Situation für die libysche Bevölkerung und erst recht für die zahlreichen Migrant*innen und Geflüchteten im Land. Es erstaunt nicht, dass die Bootsüberfahrten Richtung Europa in den letzten Monaten stark zugenommen haben. Weniger bekannt ist, dass es auch zu heftigen Protesten in Libyen kam: Bürger*innen demonstrierten Anfang Juli gegen die langen Schlangen vor den Tankstellen, den Wertverlust der libyschen Währung, die seit Beginn des russischen Krieges in der Ukraine stark gestiegenen Lebensmittelpreise und für demokratische Wahlen. Geflüchtete forderten mit einer dreimonatigen Belagerung des UNHCR-Community Day Centres in Tripolis Schutz gegen Gewalt und Evakuierung in sichere Länder. Aufnahmen aus Libyen sind jedoch in den meisten EU-Ländern zurzeit kein Thema (<https://politi.co/3UJOqjW>). Dabei hat Europa und auch Deutschland einiges mit diesen Problemen zu tun.

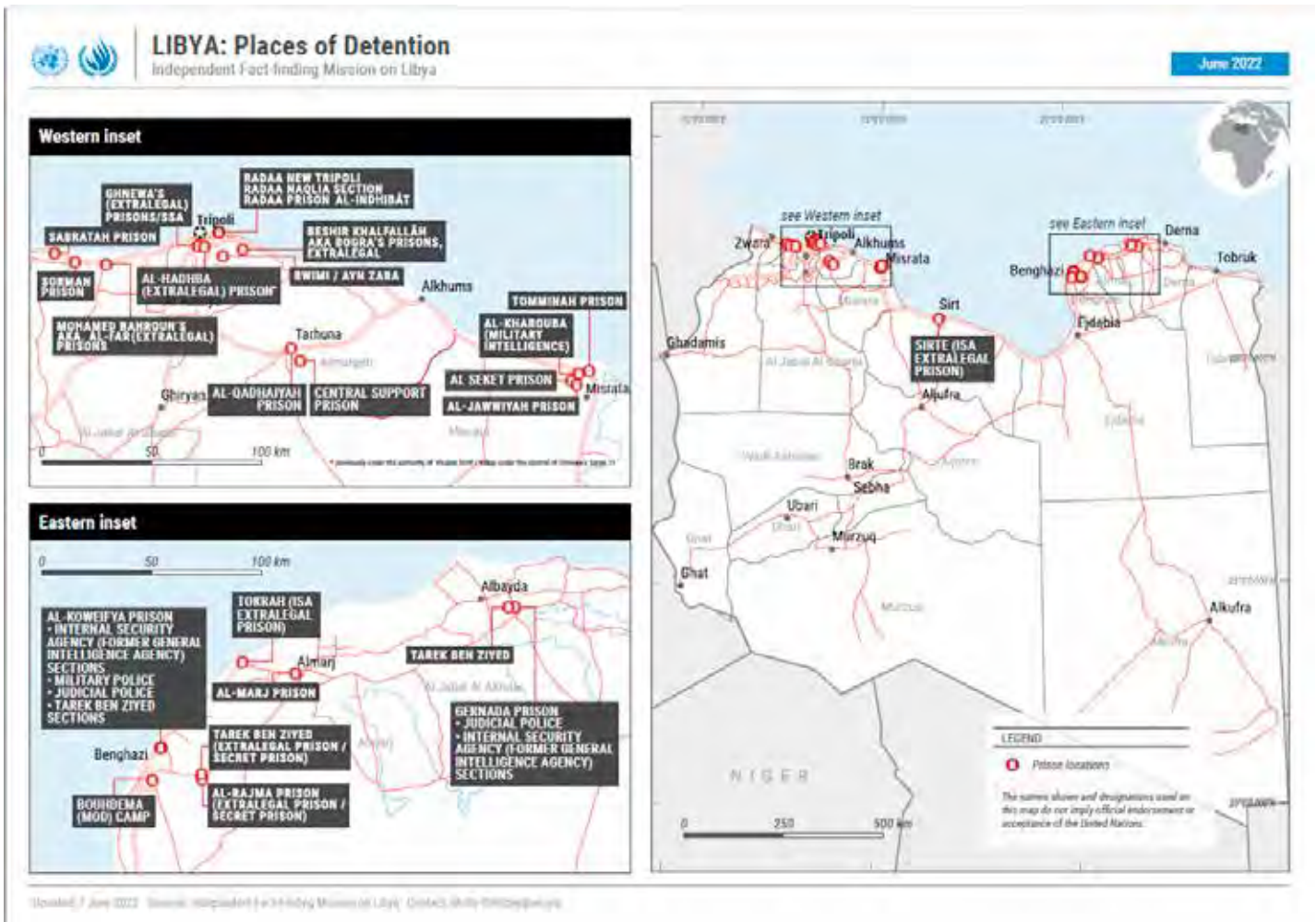
Flucht per Boot: „Lieber sterben als zurück nach Libyen!“

Laut Zahlen des UNHCR kamen zwischen Januar und Ende Juni diesen Jahres 27.633 Menschen per Boot in Italien an, die höchste Zahl in einem Halbjahr seit 2017. Das Watch the Med Alarm Phone wurde in dieser Zeit von 216 Booten in Seenot alarmiert, von denen 112 in Europa ankamen. In Kooperation mit zivilen Schiffen von NGOs wurden 59 Boote gerettet. Laut IOM-Aufzeichnungen verloren in diesem Zeitraum etwa 800 Men-

schen im zentralen Mittelmeer ihr Leben oder werden vermisst. Die tatsächlichen Zahlen sind sicher viel höher.

Die europäischen Küstenwachen reagieren kaum noch auf Notrufe, Malta nicht einmal dann, wenn sich die Boote eindeutig in seiner SAR (Such- und Rettungs-) Zone befinden. Aber sehr viele Boote in Seenot befinden sich noch in der seit Juni 2018 enorm erweiterten libyschen SAR-Zone. Wenn Flüchtende das Alarm Phone (<https://alarmphone.org>) von dort anrufen und erfahren, dass nur die sogenannte libysche Küstenwache kommen wird (wenn sie denn überhaupt ans Telefon geht), sagen sie oft: „Nein, ruft sie nicht an – lieber sterben wir als nach Libyen zurück gebracht zu werden!“ Etwa 10.000 Menschen wurden im genannten Zeitraum im zentralen Mittelmeer „intercepted“ und nach Libyen zurückgebracht, etwa 9.300 nach Tunesien.

In Libyen landen diese Menschen dann in Haftzentren, die von verschiedenen Milizen kontrolliert werden. Auch Migrant*innen, die in libyschen Städten leben und arbeiten, insbesondere solche mit schwarzer Hautfarbe, werden bei zahlreichen Razzien festgenommen und in diese Lager gebracht. Zwangsarbeit, Misshandlungen, Vergewaltigungen, Erpressung von Geld von Verwandten und Entführungen sind dort Alltag. Der Zugang von Menschenrechtsorganisationen ist in den meisten Haftlagern nicht möglich, auch wenn in der letzten Zeit ein paar Lager mit schönen Bildern öffentlich als „shelter“ oder „reception center“ präsentiert wurden. Die offiziellen Haftlager stehen unter der Kontrolle des staatlichen DCIM (Department of Combating Illegal Immigration). Es gibt aber auch Lager, die konkurrierenden Milizen unterstehen. Besonders brutal ist ein neuer Akteur des SSA (Stability Support Apparatus), der



auch Boote aufgreift und die Menschen in das Haftlager Al Maya bringt (<https://bit.ly/3LPfRrXW>).

Tote durch Folter in diesen Lagern werden nur selten namentlich bekannt, wie der Tod des Kameruners Samy Ende März 2022 (<https://bit.ly/3ymf8ir>), ebenso wenig wie Suizide, wie der von Mohamed Anfang Juni (<https://bit.ly/3DYFJ8y>). Es gibt Berichte über Massengräber von Migrant*innen in Libyen (<https://reut.rs/3UP0BoL>).

Die Menschen, die aus dieser Lage keinen anderen Ausweg sehen als in seeuntüchtige Boote zu steigen, kommen aus vielen Ländern, u.a. aus dem Sudan, Eritrea, der Elfenbeinküste, Guinea, Mali und Ägypten, einige auch aus Syrien und Afghanistan. Und was wenig bekannt ist: Unter den Angekommenen in Italien sind die drittgrößte Gruppe Menschen aus Bangladesch, einem der von der Klimakatastrophe am meisten betroffenen Länder. Viele von ihnen sind schon vor etlichen Jahren zum Arbeiten nach Libyen gekommen, wurden aber aufgrund der Krise entlassen und können wegen ihrer Verschuldung bei Fluchthelfern nicht in ihr Heimatland

zurück. In Europa haben sie keine Chance auf Asyl. Auch libysche Menschen steigen zunehmend in Boote aufgrund der unerträglichen politischen und ökonomischen Situation, zuletzt auch wegen wieder eskalierender Kämpfe zwischen verschiedenen Milizen Ende August in Tripolis (<https://bit.ly/3DXI9FB>).

Was hat Europa, was hat Deutschland mit all dem zu tun?

Es würde für diesen Artikel zu weit führen, die Rolle der EU und Deutschlands im Libyen-Krieg 2011 zu analysieren oder gar zurück zu schauen auf die Geschichte der Kolonisation Libyens durch Italien 1911-1943. Klar ist, dass die aktuelle politische Situation in Libyen mit zwei konkurrierenden Regierungen im Osten und Westen und diversen bewaffneten Milizen durch Gespräche und Konferenzen, u.a. im Januar 2020 und erst vor kurzem (am 8./9. September 2022) noch einmal in Berlin, nicht gelöst werden konnte.

In diesem Artikel möchte ich mich darauf beschränken, kurz die Politik der EU

und Deutschlands betreffend die Externalisierung der Migrationspolitik, konkret: der Fluchtverhinderung aus und der Rückschiebungen nach Libyen darzustellen, die im Bericht „Remote Control“ im Juni umfangreich dokumentiert worden ist (<https://www.eu-libya.info/>). Diese EU-Politik geschah vor allem durch den Aufbau, die Finanzierung und Ausstattung der sogenannten libyschen Küstenwache, die nachweislich in Menschenrechtsverletzungen und Menschenenschmuggel involviert ist. Die Bundesregierung hat zwar Ende März 2022 verkündet, sie trainiere die libysche Küstenwache aufgrund von „unakzeptablem Verhalten“ einzelner Einheiten gegenüber Geflüchteten nicht mehr (<https://bit.ly/3BSWuzj>). Aber Verurteilungen von Rückschiebungen nach Libyen oder der weiteren Lieferung von Schiffen, Flugzeugen und Überwachungstechnik waren auch von der neuen Bundesregierung nicht zu hören.

Inzwischen leiten europäische Drohnen, u.a. von Frontex und der EUNAFVOR-Militärmission IRINI (an der Deutschland die weitere Beteiligung beschlossen hat), die libyschen Küstenwachenschiffe zu den

Booten von Geflüchteten, die noch auf dem Weg nach Norden sind, um zu verhindern, dass sie in europäische SAR-Zonen gelangen oder sie ggf. auch noch dort abzufangen und zurück nach Libyen

Rettungsoperationen verweigert, während sie selbst in ihren SAR-Zonen kaum noch bzw. erst nach massivem öffentlichem Druck Geflüchtete retten. Und zivile Seenotrettungsschiffe werden blo-

und Verbrechensbekämpfungsaktion“ war, wurden die meisten der 5.000 verhafteten Personen in das Haft- und Rückführungszentrum Al Mabani gebracht, was zeigt, dass das eigentliche Ziel dieser bru-



zu bringen. Im Gegensatz dazu dauert es nach Erfahrungen des Alarm Phones meist Stunden oder gelingt gar nicht, die sogenannte libysche Küstenwache zu erreichen und dazu zu bewegen, ein Boot in Seenot zu retten.

Es gibt zahlreiche Abkommen zwischen der EU und Libyen, die auch von Deutschland unterschrieben wurden, obwohl die Zustände in Libyen allgemein bekannt sind. Das sogenannte Hirsi-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte 2012 (<https://bit.ly/3SgxOrA>), das die Rückschiebung von Geflüchteten durch ein italienisches, also dem EU-Recht unterliegendes Schiff nach Libyen für rechtswidrig erklärte, wird dadurch obsolet, dass die schmutzige Arbeit der sogenannten libyschen Küstenwache überlassen wird. Handlungsschiffen, die retten könnten, wird auch durch europäische Küstenwachen, insbesondere die Maltas, die Koordination von

ckiert, bekommen wochenlang keinen Hafen und Besatzungen, z.B. von Iuventa und Mediterranea, sowie Geflüchtete, die angeblich die Fluchtboote steuern, werden in Europa kriminalisiert (<https://bit.ly/3E0jJuI>).

Proteste und Forderungen von Geflüchteten in Libyen und Tunesien

Am 1. Oktober 2021 drangen libysche Sicherheitskräfte und ihnen nahestehende Milizen gewaltsam in das Gebiet Gargareh (West-Tripolis) ein, wo Tausende von Geflüchteten unter extrem schlechten Bedingungen lebten. Sowohl Überlebende als auch NGOs berichteten von Schlägen, extremer Gewalt, sexuellen Übergriffen und Tötungen während dieser „Razzien“. Während der offizielle Grund – oder besser „Vorwand“ – des Innenministeriums die Durchführung einer „Drogen-

talen Operation darin bestand, die Menschen in einen Kreislauf von Gewalt, Erpressung und Haft sowie möglicher illegaler Abschiebungen in ihre Herkunftsländer zurückzudrängen.

Nach diesen Ereignissen gelang 4.000 Menschen die Flucht aus der Haft und zwischen 3.000 und 4.000 von ihnen begannen ein Sit-in (eine Art Camp auf der Straße) vor dem UNHCR Community Day Centre in Tripolis. Ihre Hauptforderungen waren Schutz vor Gewalt, Evakuierung und Resettlement (Umsiedlung) sowie die Einstellung der Zusammenarbeit der EU mit Libyen, die die Menschen an der Flucht aus dem Land hindern soll. Die Proteste dauerten drei Monate, bis das Sit-in gewaltsam aufgelöst wurde. (<https://bit.ly/3SIlgOE>)

Zum ersten Mal gelang es den protestierenden Geflüchteten in Libyen, sich an ein globales Solidaritätsnetzwerk zu wenden,

um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Sie nutzten die sozialen Medien, um ihre Situation in der ersten Person zu dokumentieren und ihren Kampf in Echtzeit über Twitter, Facebook und ihren Blog Refugees in Libya zu schildern (<https://www.refugeesinlibya.org/manifesto> und <https://twitter.com/RefugeesinLibya>).

Diese Instrumente halfen ihnen, sich lautstark gegen die systemische Gewalt des Grenzregimes auszusprechen: gegen fehlende Bewegungsfreiheit, die Heuchelei internationaler Organisationen wie des UNHCR und der IOM, die täglichen Misshandlungen, Inhaftierungen, Abschiebungen und Tötungen. Die Verantwortung der Europäischen Union als Hauptfinanzier des Grenzregimes im Mittelmeerraum und die Verantwortung der UN-Organisationen als „Fassade“ für die Einhaltung der Menschenrechte standen im Mittelpunkt des Diskurses der Flüchtlinge. Sie forderten die EU auf, die Finanzierung und Ausrüstung der so genannten libyschen Küstenwache einzustellen und den Kreislauf der Gewalt, der aus Festnahmen, Aufgriffen auf See und erneuten Festnahmen besteht, nicht weiter zu unterstützen.

Während der drei Monate andauernden Proteste verloren drei Geflüchtete ihr Leben. Die Proteste von Refugees in Libya gingen weiter, z. B. mit einem Hungerstreik Anfang Februar im Haftzentrum Ain Zara, in das viele der Protestierenden gebracht wurden (<https://bit.ly/3UKD1tq>) und Anfang Juni vor dem UNHCR-Hauptquartier in Tripolis (<https://bit.ly/3DYwKEs>). In Tunesien, wohin auch einige der am Sit-in in Tripolis Beteiligten flüchteten, gab es Proteste mit ähnlichen Forderungen (<https://bit.ly/3dMUL6T>). Dort gibt es zwar offiziell keine Haftzentren für Geflüchtete, aber auch so gut wie keine Unterstützung durch UNHCR oder NGOs, und Rassismus gegen Schwarze Menschen ist verbreitet.

Die angeblichen Anführer der Proteste in Tripolis wurden mit dem Tod bedroht. Sie schafften es mit Unterstützung von Aktivist*innen Libyen zu verlassen und einer von ihnen ist inzwischen in Italien. Pro Asyl hat über eine Online-Veranstaltung am 13.04.22 mit ihm und anderen Geflüchteten aus Libyen einen Bericht veröffentlicht (<https://bit.ly/3xYDYoa>).

Humanitäre Korridore, Resettlement und mögliche Aufnahmeprogramme

Die wesentlichen Forderungen der Refugees in Libya wurden nicht erfüllt. Es gab zwar einen Evakuierungsflug von Libyen nach Italien Anfang März 2022 im Rahmen eines Projekts der Föderation Protestantischer Kirchen, der Gemeinschaft St. Egidio und der italienischen Regierung für einen „Humanitären Korridor“, aber nur für 100 besonders vulnerable Geflüchtete (<https://bit.ly/3dN8bzB>) und einen weiteren solchen Flug Anfang Juli (<https://bit.ly/3LMkeKd>). Ansonsten wurden Ende März nur Evakuierungen von 119 Geflüchteten nach Ruanda organisiert (<https://bit.ly/3E0tUPq>), wo ihre Sicherheit fraglich ist, und regelmäßig finden Repatriierungsflüge der IOM von angeblich „illegalen Einwanderern“ in ihre Herkunftsländer statt, ca. 60.000 seit 2015 (<https://bit.ly/3SFm0IT>).

Ein Resettlement von 15 (!) Geflüchteten von Libyen nach Europa, angeblich auch mit deutscher Unterstützung, fand Ende März 2022 statt (<https://bit.ly/3xUbBrh>). Dabei zeigt ein Rückblick, dass durchaus mehr möglich wäre, wenn es nur gewollt ist: Nach monatelangen Protesten von aus dem Libyenkrieg 2011 Geflüchteten im Lager Choucha im Süden Tunesiens und vor dem UNHCR-Büro in Tunis sowie Aktivist*innen in Deutschland beschloss die Innenministerkonferenz im Dezember 2011 dies:

„19. Neuansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement); Einführung eines permanenten Neuansiedlungsprogramms / Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika (...) In diesem Rahmen empfiehlt die IMK, in den nächsten drei Jahren jährlich jeweils 300 Flüchtlinge aufzunehmen.“

Nach diesem Beschluss konnten 201 Geflüchtete aus Libyen, die im Lager Choucha waren, nach Deutschland kommen und hier Asylanträge stellen (sie waren bereits vom UNHCR in Tunesien anerkannt worden). Von einigen wissen wir, dass sie hier ein Bleiberecht bekamen. Unbeantwortet blieben allerdings die Forderungen von vielen weiteren Geflüchteten aus dem Choucha-Camp, vor allem von denen, die vom UNHCR nicht anerkannt worden waren und gegen Fehler im Verfahren und mangelnde Unterstützung protestierten.

Die neue Landesregierung von Schleswig-Holstein hat ein Aufnahmeprogramm

angekündigt. In dessen Rahmen sollte es möglich sein, zumindest einige Hundert der in Libyen leidenden Geflüchteten und auch einige von denen, die nach Tunesien weitergeflüchtet sind, aufzunehmen, z. B. in Gemeinden, die sich zur „Solidarity City“ erklärt haben. Vermutlich ist dafür aber öffentlicher Druck nötig.

Conni Gunßer engagiert sich beim Flüchtlingsrat Hamburg und bei Watch the Med/Alarm Phone. Download: AlarmPhone-Halbjahresbericht 2022: <https://bit.ly/3y0Y55h>



Durch Ihre Spenden und Förderbeiträge unterstützt der FÖRDERverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. nach einer entbehrungsreichen Flucht hier Angekommene dabei, dass sie bleiben können. Mit Orientierung und Unterstützung im Labyrinth der Paragraphen, mit ersten Schritten am neuen Ort und in die neue Sprache und mit Beistand gegen die Angst vor der Erinnerung.

Der FÖRDERverein ist gemeinnützig und engagiert sich seit fast 25 Jahren rein ehrenamtlich. Fördermitglieder und Spender*innen helfen dabei, dass die, die ankommen, bleiben können und ein neues gutes Leben finden.
Foerdereverein@frsh.de
www.foerdereverein-frsh.de

Spendenkonto

IBAN DE52 5206 0410 0006 4289 08,
BIC GENODEF1EIK1,
Evangelische Bank
FÖRDERverein Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e. V. •
Sophienblatt 82 • 24114 Kiel •
T. 0431 735 000

